Niederschrift

über die 9 Sitzung des Ausschusses für Bildung und Soziales der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 20.11.2012, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

- 1 . Bekanntgabe der Schüleranmeldezahlen für die Grundschulen
Vorlage: 589/2012
- 2 . Umsetzung der UN-Behindertenkonvention im Bereich der Förderschulen im Kreis Heinsberg
Vorlage: 591/2012
- 3 . Bericht der Verwaltung über Entwicklungen im Bereich der Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz
Vorlage: 593/2012
- 4 . Bericht der Seniorenbeauftragten Frau Schlegel
Vorlage: 592/2012
- 5 . Verschiedenes

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Dr. Joachim Möhring

Stellvertretende/r Vorsitzende/r

2. Kurt Sybertz

Mitglieder

3. Hans-Jürgen Benden
4. Herbert Brandt
5. Christoph Grundmann
6. Theresia Hensen
7. Uwe Jöris
8. Michael Kappes
9. Stefan Kassel
10. Wilfried Kleinen
11. Dieter Körner
12. Bernhard Kozikowski
13. Dr. Armin Leon
14. Dr. Wilfried Plum

15. Manfred Schumacher
16. Florentine Steffens
17. Ruth Thelen
18. Marlis Tings
19. Siegfried Winands
20. Birgit Zühlsdorff

Beratendes Mitglied gemäß § 58 GO

21. Renate Schlegel

von der Verwaltung

22. Beigeordneter Herbert Brunen
23. Gort Houben
24. Wilfried Schulz

Protokollführer

25. Irmtrud Penners

**TOP 1 Bekanntgabe der Schüleranmeldezahlen für die Grundschulen
Vorlage: 589/2012**

Beigeordneter Brunen stellte anhand einer Tischvorlage, die vor Sitzungsbeginn allen Ausschussmitgliedern ausgehändigt wurde (siehe Anlage), die Schüleranmeldezahlen für die Grundschulen vor. Die Katholische Grundschule und die Europaschule würden in 2013/2014 vermutlich drei- bzw. zweizügig, die übrigen Schulen einzügig.

Ausschussmitglied Frau Tings sprach sich dafür aus, aufgrund der hohen Anmeldezahlen an der Kath. Grundschule Würm (31) zwei Eingangsklassen zu bilden. Beigeordneter Brunen wies darauf hin, dass zwar die Räumlichkeiten hierfür an der Schule vorhanden wären, jedoch auch die Lehrerzuweisung entsprechend sein müsse, um die Eingangsklasse zweizügig einzurichten. Hierauf habe die Verwaltung keine Einflussmöglichkeit.

Ausschussmitglied Benden verwies darauf wie wichtig Inklusion auch für die Stadt sei. Die Schüleranmeldungen sanken drastisch und entwickelten sich gegenläufig zum Schulentwicklungsplan. Hier sehe er einen Anpassungsbedarf. Der Stadtverordnete erkundigte sich, ob die Kinder der Nato-Angehörigen und der Asylbewerber mit in die Anmeldeverfahren bereits eingeflossen wären.

Beigeordneter Brunen verneinte das. Nato-Angehörige seien nicht meldepflichtig. Auf die entsprechende Frage Herrn Bendens antwortete er, das Anmeldeverfahren sei erst seit wenigen Tagen abgeschlossen, sodass lediglich anhand der Anmeldezahlen noch nicht abschließend geklärt werden könne, ob im kommenden Schuljahr Bedarf für eine sonderpädagogische Förderung bestünde. Er gehe jedoch davon aus, dass das bis zum Beginn des neuen Schuljahres der Fall sein werde.

TOP 2 Umsetzung der UN-Behindertenkonvention im Bereich der Förderschulen im Kreis Heinsberg **Vorlage: 591/2012**

Unter Hinweis auf die vor Sitzungsbeginn ausgelegte Tischvorlage (siehe Anlage) teilte Beigeordneter Brunen mit, der Kreistag sei in seiner Sitzung vom 15.11.2012 von der ursprünglichen Beschlussempfehlung leicht abgewichen. Der Beigeordnete verwies insbesondere auf die neu gefassten Eckpunkte. Der Kreis gebe ein Gutachten in Auftrag über die Auswirkungen der Inklusion in Regel- und in Förderschulen. Ein solches Gutachten mache Sinn, um die Maßnahmen zur Umsetzung der Inklusion bündeln zu können. Daher solle es zunächst abgewartet werden. Auch wenn der Elternwille entscheidend bleibe, sei absehbar, dass die verstärkte Inklusion zur Schließung von Förderschulen führen werde.

Ausschussmitglied Tings stellte die Frage in den Raum, warum bereits jetzt ein Beschluss gefasst werden sollte, wo das Schulrechtsänderungsgesetz doch noch in Arbeit sei.

Beigeordneter Brunen verwies darauf, dass der Ausschuss jetzt lediglich informiert werden sollte über den Beschluss des Kreistags. Das Gutachten werde in jedem Fall in Auftrag gegeben. Geilenkirchen als Mitglied des Förderschulzweckverbands würde hiervon tangiert.

Ausschussmitglied Kappes stellte fest, dass dann möglicherweise an den Regelschulen bauliche Veränderungen erforderlich würden, die Kosten nach sich zögen.

Ausschussmitglied Thelen äußerte ihr Unbehagen über die sogenannten drei Eckpunkte, die das Kreisschulamt als Grundlage für die weitere Entwicklung der Schullandschaft entwickelt habe. Wenn es zur Schließung der Förderschulen komme – mit Ausnahme der Rurtalschule – bleibe nur die Inklusion an den Regelschulen, wodurch der Elternwille in Ermangelung von alternativen Förderschulen in eine bestimmte Richtung gelenkt werde bzw. die Eltern keine andere Wahl als die Beschulung ihrer Kinder an einer Regelschule hätten. Das stelle eine Diskriminierung heutiger Förderschüler in eine andere Richtung dar und sei undemokratisch. Der Kreis tue daher gut daran, hinsichtlich der Inklusion keine Vorreiterrolle zu übernehmen.

Beigeordneter Brunen widersprach dem und erinnerte daran, dass gemäß der Verordnung über Schulgrößen der Förderschulen und der Schulen für Kranke, Förderschulen, die die Mindestgröße nach § 1 Abs 1 nicht erreichen, spätestens zum 01.08.2014 keine Schüler/Innen mehr aufnehmen dürften. Die Beschulung auch dieser Schüler müsse sichergestellt werden.

Ausschussmitglied Brandt zeigte sein Unverständnis über die Eile mit der die Inklusion im Kreis Heinsberg umgesetzt werden solle. Man habe immerhin noch ein Jahr Vorlaufzeit. Die Janusz-Korczak-Schule sei die einzige Schule, die es schaffe, Schülern in kleinen Gruppen zu unterschiedlichen Bildungsabschlüssen zu bringen. Werde diese tolle Schule nun als „Schule ohne Schulgebäude“ weitergeführt, sei ein Qualitätsverlust zu befürchten. Ähnliches gelte für die Mercatorschule als Verbundschule. Diese Entwicklung dürfe man nicht als gegeben hinnehmen.

Beigeordneter Brunen verwies nochmals darauf, dass diese Schulen 2014 per Gesetz auslaufen würden.

Frau Tings regte an, gegen diese Entwicklung direkt in Düsseldorf zu protestieren und die Schulministerin über das Unverständnis für ihre Gesetzesinitiative in Kenntnis zu setzen.

Ausschussmitglied Thelen befand es als einen falschen Schritt Förderschulen „vorsichtshalber“ zu schließen. Sie sei gegen alle drei vom Kreistag formulierten Eckpunkte. Es sei sinnvoll sich als Bildungsausschuss gegen ihre Umsetzung zur Wehr zu setzen.

Beigeordneter Brunen verwies nochmals darauf, dass heute keine Beschlussfassung erforderlich sei. Die zugestellte Vorlage sollte lediglich der Information dienen. Gleichzeitig bot er an, im nichtöffentlichen Sitzungsteil eingehender über die Thematik zu berichten.

Ausschussmitglied Benden vertrat die Auffassung, dass die Inklusion umgesetzt werden müsse, schon alleine weil die EU die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention vorschreibe. Die Ministerin habe gute Arbeit geleistet. Allerdings mache Inklusion nur Sinn, wenn man sie gut mache. Man müsse angemessen mit den Ressourcen und feinfühlig mit den betroffenen Menschen umgehen. Das gelte sowohl für Schüler/Innen und Eltern als auch für die betroffenen Lehrer/innen in den Kollegien. Von daher verbiete es sich, Schulen vorausseilend zu schließen. Damit überfordere man auch die aufnehmenden Schulen. Es müssten beispielsweise Inklusionsklassen an der Gesamtschule gebildet und ein Inklusionsplan erarbeitet werden. Um das sauber hinzubekommen, dürften keine Schnellschüsse gestartet werden. Von daher schließe er sich dem Antrag Frau Thelens an.

Auf die entsprechende Anfrage Herrn Brandts, antwortete Beigeordneter Brunen, es gebe noch keinen Inklusionsplan.

Ausschussmitglied Benden stellte fest, im Kreis Heinsberg sei man viel schneller als das Gesetz.

Ausschussmitglied Dr. Leon bezog sich auf den Referentenentwurf. Vom Grundsatz her sei der Gesetzesentwurf in Ordnung, jedoch müssten die Schwachstellen im Gesetz noch entfernt werden. Die Diskussion im Landtag dauere jedoch noch an.

Auf Aufforderung des Ausschussvorsitzenden Dr. Möhring formulierte Ausschussmitglied Thelen den Beschlussvorschlag an den Ausschuss.

Alle drei von der Projektgruppe des Kreises formulierten Eckpunkte bzgl. der Inklusion an den Schulen im Kreis Heinsberg werden abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	21
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 3 Bericht der Verwaltung über Entwicklungen im Bereich der Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz
Vorlage: 593/2012**

Herr Schulz berichtete unter Hinweis auf die ausgelegte Tischvorlage (siehe Anlage), das Jugend- und Sozialamt der Stadt Geilenkirchen verzeichne bei den von der Stadt zu erbringenden Transferleistungen zum Teil deutliche Anstiege der Fallzahlen.

Im Rahmen der Einführung der Hartz-IV-Gesetze wurde in 2005 das Bundessozialhilfegesetz durch das SGB XII ersetzt. Von den hiernach zu erbringenden Transferleistungen habe der Kreis Heinsberg als Träger der Sozialhilfe die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Hilfe zur Pflege in ambulanter Form und die Grundsicherung auf die Städte delegiert. Die von der Stadt erbrachten Leistungen würden vom Kreis zwar erstattet, aber letztlich durch die Kreisumlage von den Gemeinden getragen. Bei der Grundsicherung gebe es aber eine gute Nachricht: zurzeit erstatte der Bund 75 % der Leistungen, ab 2014 übernehme er 100 %.

Bei den vorübergehend erwerbsunfähigen Personen, denen Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt würde, sei ein großer Anstieg zu verzeichnen. Das liege zum Teil daran, dass beim Jobcenter konsequent geprüft werde, ob die Antragsteller in der Lage seien, mindestens drei Stunden täglich zu arbeiten. Wo das nicht mehr der Fall sei, werde der Antragsteller an das Sozialamt verwiesen. Hinzu komme, dass einige Klienten, die vorübergehend im Therapiezentrum Loherhof untergebracht waren, nach Beendigung der Therapie ihren Wohnsitz in Geilenkirchen nähmen und zunächst hilfebedürftig seien.

Seit Juli letzten Jahres sei auch ein erheblicher Anstieg an Pflegefällen zu verzeichnen. Gründe hierfür lägen im demographischen Wandel und auch in der geringeren familiären Unterstützung als früher. Um der Situation gerecht zu werden, wäre es wichtig Geilenkirchen zur seniorenrechtlichen Stadt weiter zu entwickeln bzw. mehr barrierefreie Wohnungen zu schaffen. Er empfahl, aus diesem Grund das vom Bürgermeister vorgestellte wohnungsbaupolitische Konzept zu unterstützen.

Auch in der Grundsicherung mache sich der demographische Wandel bemerkbar. Immer mehr Fälle von Altersarmut seien zu verzeichnen. Ein wesentlicher Grund liege darin, dass häufig die Renten unzureichend seien. In den geführten Grundsicherungsfällen hätten Frauen im Durchschnitt 300,00 Euro Rente, Männer 600,00 Euro. Das liege daran, dass Frauen wegen der Kindererziehung weniger gearbeitet hätten und/oder sich Rentenbeiträge hätten auszahlen lassen.

Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz seien unmittelbar von der Stadt zu tragen. Asylbewerber würden durch die Bezirksregierung Arnsberg den Gemeinden zugewiesen und seien dort unterzubringen und zu versorgen. Die Stadt erhalte lediglich eine pauschale Landeszuweisung, die in diesem Jahr 90.000,00 Euro betrage.

Die Stadt trage ansonsten alle hiermit zusammenhängenden Kosten und somit vor allem bei der Krankenhilfe das alleinige volle Risiko. Zur Verdeutlichung seien die Krankenhilfekosten in einer Tischvorlage gesondert ausgewiesen. In diesem Jahr

habe man in Geilenkirchen noch Glück gehabt. Daher benötigte das Jugend- und Sozialamt von den veranschlagten 100.000,00 Euro nur 25.000,00 Euro. Trete jedoch bei nur einem Asylbewerber ein schwerer Unfall oder der Bedarf auf eine Dialyse auf, sähe das ganz anders aus.

In den vergangenen Jahren habe die Verwaltung darauf verzichtet, über die Entwicklungen im Bereich der Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz zu berichten, weil die Zuweisungszahlen relativ gering und stabil waren. Dies lag an der seinerzeit getroffenen Altfallregelung, wonach Geduldete, die sich acht Jahre in Deutschland aufhielten und bestimmte Voraussetzungen erfüllten, eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhielten und somit aus dem Leistungsbezug der Stadt fielen. Zudem gab es in den vergangenen Jahren weniger Kriegs- und Krisengebiete und damit auch weniger Neuzuweisungen.

Mit dem aufgezeigten Prinzip müssten die Städte und Gemeinden seit Jahren leben. In diesem Jahr jedoch gab es im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes zwei wesentliche Veränderungen:

- die Geldleistungen an die Asylbewerber wurden von 204,00 Euro auf 334,00 Euro heraufgesetzt;
- eine regelrechte Einreiseschwemme von Asylsuchenden Mazedoniern nach Deutschland. In der Folge stiegen die Zuweisungen nach Geilenkirchen erheblich, wodurch sich die Zahl der Asylbewerber/Innen in Geilenkirchen mehr als verdoppelte.

Eine Folge hierfür sei dass die Unterkünfte Bauchemer Gracht, Flurstraße und An der Friedensburg vollständig belegt seien. Seit August würden 12 Personen in der Obdachlosenunterkunft im Limitenweg untergebracht.

Aufgrund dieser Veränderungen verzeichne das Jugend- und Sozialamt in diesem Jahr einen Kostenanstieg von 141.000,00 Euro. Eine höhere Landeszuweisung sei der Stadt bislang nicht in Aussicht gestellt worden.

Ausschussmitglied Frau Tings erkundigte sich, ob die Stadt mit dem geringeren Ansatz für die Krankenhilfe in Höhe von 70.000,00 Euro im Vergleich zum Vorjahr von 100.000,00 Euro auskommen könnte. Herr Schulz ging davon aus. Das Jugend- und Sozialamt sei auch bemüht gewesen, den Haushaltsansatz zu senken, um Rat und Verwaltung in ihrem gemeinsamen Bemühen darin zu unterstützen, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erstellen.

Frau Tings bemerkte abschließend, Mazedonien sei kein Krisen- oder Kriegsgebiet. Für die Problematik müsse eine andere Lösung gefunden werden.

TOP 4 Bericht der Seniorenbeauftragten Frau Schlegel Vorlage: 592/2012

Frau Schlegel berichtete über ihre Arbeit als Seniorenbeauftragte. Der Wortlaut des Vortrags ist als Anlage dieser Niederschrift beigefügt.

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring richtete seinen und den Dank des Ausschusses an die Seniorenbeauftragte.

Ausschussmitglied Benden vertrat die Ansicht, dass im Straßenverkehr ein rücksichtsvolleres Verhalten aller Verkehrsteilnehmer untereinander wünschenswert wäre.

Ausschussmitglied Tings regte an, diesbezüglich mit dem Landrat in seiner Funktion als Leiter der Kreispolizeibehörde Kontakt aufzunehmen.

Ausschussmitglied Sybertz schlug vor, die Behinderung älterer Verkehrsteilnehmer durch jugendliche Radfahrer in den Schulen zu thematisieren.

Auf seine Frage hin bestätigte Beigeordneter Brunen, dass die Belegung der Parkplätze seit langem massiv kontrolliert werde. Erkennbar werde das daran, dass für die Überwachung des ruhenden Verkehrs im Haushalt Einnahmen von 45.000,00 Euro eingestellt waren, bislang aber bereits 75.000,00 Euro vereinnahmt wurden.

Ausschussmitglied Schumacher wies darauf hin, dass Polizei und Ordnungsamt ständig sowohl rücksichtslose Radfahrer als auch den ruhenden Verkehr kontrollieren würden, jedoch fehle beiden Behörden einfach das Personal um ständig und überall gleichzeitig kontrollieren zu können.

TOP 5 Verschiedenes

a) Auf die entsprechende Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Dr. Möhring hin, erläuterte Beigeordneter Brunen, es gebe auf der Kreisebene eine Initiative eine Ehrenamtskarte einzuführen. Hier müsse aber auch die Haushaltssituation der Stadt und Gemeinden beachtet werden.

Ausschussmitglied Tings erläuterte, in verschiedenen Städten würden die Ehrenkarten wieder zurückgenommen. Ehrenamtler würden ja freiwillig und ehrenamtlich etwas für das Gemeinwesen tun wollen und verzichteten gerade angesichts der angespannten Haushaltslage darauf, beispielsweise kostenlos das Schwimmbad aufsuchen zu dürfen.

b) Ausschussmitglied Benden berichtete, im Rat der Stadt Übach-Palenberg gebe es Überlegungen, die dortige Hauptschule in Boscheln auslaufen zu lassen. Im gesamten Südkreis gebe es dann keine Hauptschule mehr, sodass Hauptschüler aus Geilenkirchen darauf angewiesen wären, die Hauptschulen in Erkelenz, Hückelhoven oder Baesweiler zu besuchen, wo sie ohne soziale Bindungen seien. Auf seine entsprechende Frage bestätigte Beigeordneter Brunen, dass es derzeit keine Lösung des Problems gebe, weil dann tatsäch-

lich kein reines Hauptschulangebot in Geilenkirchen oder den umliegenden Orten vorhanden wäre. Herr Benden regte an, mit Übach-Palenberg einen Kooperationsvertrag zu schließen, um den Geilenkirchenern Hauptschülern eine schulische Heimat zu sichern. Beigeordneter Brunen wies darauf hin, dass Geilenkirchen bereits einen Schulkooperationsvertrag mit Gangelt und Selfkant geschlossen hatte. Überdies rette ein solcher Vertrag auch keine Schule, wenn sie – wie hier in Übach-Palenberg – aus Kostengründen geschlossen werden müsse. Ausschussmitglied Tings erinnerte daran, dass die Schließung in Übach-Palenberg noch nicht beschlossen wurde. Ausschussvorsitzender Dr. Möhring regte an, die Thematik in der nächsten Ausschusssitzung zu beraten. Unter Umständen wisse man dann bereits mehr. Ausschussmitglied Sybertz vertrat die Ansicht, die Verwaltung solle möglichst bald mit Übach-Palenberg in Kontakt treten und/oder das Gespräch mit Baesweiler suchen, um ggf. dort die Hauptschüler beschulen lassen zu können. Beigeordneter Brunen antwortete hierauf, die Problematik sei nicht neu und die Bürgermeister hätten sich hierüber bereits ausgetauscht. Wenn der Schulträger sich entscheide seine Hauptschule zu schließen, müsste eine andere Lösung gefunden werden. Frau Thelen sprach sich dafür aus, die Stadt möge gegenüber Übach-Palenberg mitteilen, dass man hier an dem Fortbestand der Hauptschule interessiert sei. Diese Schule sei für Geilenkirchener Hauptschüler die nächste.

- c) Ausschussmitglied Kleinen fragte an, ob für den Geilenkirchener Bürgertreff, der seit einem Monat seine Arbeit aufgenommen habe, von Seiten der Stadt Gelder geflossen seien. Herr Schulz verneinte das. Durch das Projekt stehe der Stadt die Summe von 270.000,00 Euro für die Finanzierung sozialer Projekte zur Verfügung. Es sei nicht zulässig, Mieten hieraus zu finanzieren. Sofern es der Initiative nicht gelinge, künftige Mieten durch Nutzerbeiträge oder Sponsorengelder aufzubringen, werde das Projekt auslaufen. Ausschussmitglied Benden bestätigte, dass die Stadt sich nicht an der Finanzierung des Bürgertreffs beteilige. Werde kein zusätzlicher Investor für das Projekt gefunden, werde es auslaufen. Ausschussmitglied Benden bestätigte, dass die Stadt sich nicht an der Finanzierung des Bürgertreffs beteilige. Ausschussvorsitzender Dr. Möhring erkundigte sich nach der Finanzierung des Bürgertreffs und ob er barrierefrei gestaltet werden könnte. Herr Benden teilte hierzu mit, das Pilotprojekt sei bis Ende des Jahres und in den ersten zwei Monaten des nächsten Jahres gesichert. Über eine barrierefreie Gestaltung könne erst entschieden werden, wenn die Miete für das Gebäude gesichert sei. Das wäre aus seiner Sicht aber wünschenswert, weil der Bürgertreff sehr gerne von Menschen mit Behinderungen aufgesucht werde.
- d) Ausschussmitglied Kappes bat die Verwaltung, dem Ausschuss die Anmeldezahlen zur Verfügung zu stellen, aus denen ersichtlich sei, welche Schulformempfehlungen die Grundschulen abgegeben haben.
- e) Ausschussmitglied Dr. Leon verabschiedete sich als sachkundiger Bürger aus dem Ausschuss. Er sei ein Verfechter der Trennung von Mandat und Beruf. Als künftiger Referatsleiter Steuerung für Grundsicherung im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales sei er der Verwaltung noch näher als bisher, sodass er sich entschieden habe, seinen Ausschusssitz aufzugeben.

Sitzung endet um: 19.42 Uhr

Vorsitzender

Dr. Joachim Möhring

Schriftführer/in:

Irmtrud Penners